

Neubau 5 Kreuzer

ABONE
(Pena ücreti dahil olmak üzere)

	DAĞIL IÇİN	MARÇ IÇİN
Aylık	1.50	R. M. 5.—
Çeyrek	4.25	" 13.—
Ahşaplık	8.—	" 25.—
Bir yıllık	18.—	" 50.—

Yıllık metabül, haftada 6 defa çıkar.

İdarabane
Tahke-Caddesi No. 538 ve 537
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.000.
Posta Kutusu: İstanbul 1299.

Die Arbeiterzeitung für den Nahen Osten

Preis der Einzelnummer: 5 Kreuzer

BEZUGSPREISEN

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat 7. PM. 1.50	R. M. 5.—	" 13.—
" 3 Monate " 4.25	" 13.—	" 28.—
" 6 Monate " 8.—	" 25.—	" 50.—
" 12 Monate " 18.—	" 50.—	" 100.—

oder Gegenwert

Krachzeit wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tahke-Caddesi Nr. 538-537.
Druckerei: Türkpost.
Fernsprecher: 44.000.
Postfach: İstanbul 1299.

Der Prozess gegen die Brandstifter

Verhör der Bulgaren

Leipzig, 23. Sept.

Im Brandstifterprozess begann heute nach Beendigung der Vernehmung von der Lübbecke das Verhör des zweiten Angeklagten, des Bulgaren Georgi Dimitroff, Schriftsteller, 1882 in Radomir geboren. Das Benehmen des Beklagten, der zu den führenden Mitgliedern der kommunistischen Volksgewalt gehört, war zeitweilig so herausfordernd, daß ihn der Vorsitzende einigemal vermahnen mußte.

Auch die Vernehmung des dritten Angeklagten, des Bulgaren Blagoj Popoff, wurde heute begonnen.

Er ist 1897 in Gheghel geboren und studierte in Sofia Rechtswissenschaften. Er ist verheiratet, seine Frau lebt in Moskau. Aus seinen Aussagen geht hervor, daß er im Jahre 1932 aus Rußland unmittelbar nach Deutschland gekommen ist und sich hier nur mit bulgarischen Angelegenheiten befaßt haben will. Der Angeklagte erklärt weiter, daß er in Bulgarien zu erwartender Amnestie abwarten wolle, um dann in seine Heimat zurückzukehren. Er habe diesen Zeitpunkt in Deutschland abwarten wollen, weil die aus Rußland unmittelbar zurückkehrenden Bulgaren in ihrem Lande großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt seien.

Die Verhandlung wurde dann auf Montag 9,30 Uhr vertagt.

Holländischer Verteidiger?

Leipzig, 22. September (A.A.)

Van der Lübbecke erklärte, er habe keinen Brief von seinen Verwandten erhalten, in dem ihm Stomps als Verteidiger empfohlen werde.

Stomps erhielt daraufhin die Erlaubnis, in einer Pause mit van der Lübbecke zu sprechen. Nach der Pause zog sich das Gericht für einige Augenblicke zurück.

In einem längeren Bericht bestätigte der Polizeioffizier, der den Angeklagten nach dem Ausbruch des Reichstagsbrandes zuerst verhört, daß der Angeklagte ohne jeden Zwang zugeben, den Brand angestiftet zu haben, und daß er bereit sei, die Folgen zu tragen. Der Angeklagte habe sich jedoch geweigert, zu erklären, ob er bei der Tat Helfer gehabt habe.

Der amerikanische Rechtsanwaltskanzlei Garfield Hays, der an dem Londoner Gegenprozess teilnahm, wohnte der heutigen Vormittagsitzung bei.

Leipzig, 23. Sept. (A.A.)

Im Verlaufe des Reichstagsbrandprozesses, erklärte der Zeuge Kriminalkommissar Heintze: Der kommunistische Freund Van der Lübbecke, Vink, sagte mir, daß am Vorabend des 1. März der Vertreter der kommunistischen Partei Hollands die alten Pläne Van der Lübbecke an sich genommen habe, ebenso wie eine Zeitung, die die Anschriften von holländischen und fremden Kommunisten, aber auch deutsche Namen enthielt. Als ich Vink fragte, warum die kommunistische Partei die Papiere an sich genommen habe, antwortete Vink, daß dies vermutlich geschah, um Van der Lübbecke keine Schwierigkeiten zu bereiten. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß das Verhör des Angeklagten sich in den vorchriftmäßigen Formen vollzogen habe. Van der Lübbecke hat alle Einzelheiten des Brandes erklärt und im Verlauf des ersten Verhörs nach der Brandstiftung offen zugegeben, daß er den Reichstag angezündet habe, um damit das Zeichen zum Beginn der Erhebung zu geben. Er fügte hinzu, daß mit Gewalt vorgegangen werden mußte, um die Ordnung im Saale zu unterstützen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich in irgendeiner Form zu den Erklärungen des Zeugen Heintze und des Sachverständigen Baubücher zu äußern wünsche, sagte Van der Lübbecke, nein! Danach wurde der Brief des holländischen Rechtsanwalts Stomps verlesen, der von Generalstaatsanwalt Erlaubnis erbat, als Verteidiger Van der Lübbecke in dem Falle zugelassen zu werden, wo Van der Lübbecke, den Hitten seiner Verwandten willfährig, um die Zulassung eines holländischen Rechtsanwalts bitten würde.

Der Verteidiger Torgiera, Rechtsanwalt Sack, führte aus, daß er in einigen südamerikanischen Zeitungen die Behauptung gelesen habe, daß der Prozess gegen die Reichstagsbrandstifter lediglich ein Scheinunternehmen sei, und ersuchte um Maßnahmen gegen die Vertreter dieser Zeitungen.

Staatssekretär v. Rohr im Ruhestande

Berlin, 23. Sept.

Der Reichspräsident hat den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium v. Rohr auf dessen eigenen Antrag in den zeitweiligen Ruhestand versetzt, und ihm bei dieser Gelegenheit den Dank für seine Dienstleistungen zum Ausdruck gebracht.

Verhaftungen in Lübeck

Lübeck, 23. Sept.

In Lübeck wurden 20 Personen verhaftet, darunter auch ein ehemaliger Polizeibeamter, die beschuldigt werden, eine Fortsetzung des verbotenen „Reichsbanners“ organisiert zu haben.

Zwei frühere Reichsbannerführer spielten dabei eine hervorragende Rolle.

Arbeit und Brot

Goebbels über die Pläne der nationalen Regierung

Berlin, 23. Sept. (A.A. n. W.T.Z.)

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, sagte in einer Rede, die er heute hielt, folgendes:

„Es wird eine Zeit kommen, wo es in Deutschland über die politische Macht nur noch einen einzigen Gedanken geben und wo man nicht mehr auf die Frage: „Woher kommt Du?“ antworten wird: „Ich bin Bayer oder Preuße“, sondern, wo 66 Millionen Deutsche antworten werden: „Ich bin Deutscher.“

In Deutschland gehört der Parlamentarismus der Vergangenheit an; er wird sich nie wieder erheben, wir sind von dieser Krankheit des 19. Jahrhunderts geheilt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Volk sich selbst regieren will. Es denkt nur daran, wenn es schlecht regiert wird. Wenn das Volk merkt, daß es gut regiert wird, läßt es sich gern regieren.

Die wahre Demokratie will eine richtige Regierung, und das trifft bei der gegenwärtig am Ruder befindlichen Regierung zu.

Die Nachwelt wird ihr Urteil über uns nicht auf Grund der Tatsache fällen, daß wir den Kommunismus ausgerottet haben, sondern wird ihr Urteil von dem Ergebnis unseres Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit abhängig machen. Bereits jetzt haben wir ein Drittel dieser Aufgabe gelöst. Wenn es gelingt, die Frage der Arbeitsbeschaffung zu lösen, wird uns niemand schlagen können. Wenn uns die Lösung dieser Frage jedoch nicht gelingen sollte, wird unsere Regierung nicht lange am Ruder bleiben.

In 6 Monaten haben wir durch gewaltige Anstrengungen zwei Millionen Arbeitslose in die Fabriken zurückführen können. Wenn der Winter vorüber ist, werden wir weitere zwei Millionen Arbeitslose unterbringen. Wenn der Herbst wiederkehrt, werden wir nur noch zwei Millionen Arbeitslose haben und diese Ziffer den Winter über halten können, und wenn dann ein neues Frühjahr kommt, werden wir die Arbeitslosigkeit dieser Krankheit unserer Zeit endgültig überwinden können.

Der Reichskanzler erklärte vor den Wahlen vom 5. März: Man möge mir vier Jahre Zeit lassen. Wahrscheinlich wird Hitler nicht einmal diese vier Jahre brauchen, sondern sein Werk früher vollenden. Wir versuchen, nur durch unsere sachliche Arbeit zu überzeugen, daß wir keine Propaganda brauchen. Wenn jemand aus Paris, London oder New York zu uns kommt, so hat er überall freien Zutritt, er wird unsere Türen stets offen finden, er kann jedes Konzentrationslager und jede Fabrik besichtigen und in den Straßen spazieren gehen, wie er will.

Wir wollen keinen Krieg. Wie könnten wir überhaupt einen Krieg führen? Wir wollen nur die Arbeitslosigkeit bekämpfen und gegen das Elend in unserem Volke kämpfen, und diesen Krieg werden wir gewinnen.“

Abreise des Ministers nach Genf

Berlin, 23. Sept.

Reichsminister Dr. Goebbels ist heute vormittag, begleitet von zwei Ministerialräten, im Flugzeug nach Genf abgereist.

Baubeginn bei Frankfurt

Frankfurt, 23. Sept.

In Frankfurt a. M. wurde heute feierlich der Baubeginn der neuen Autobahn eröffnet.

Der Reichskanzler selbst gab durch den ersten Spatenstich das Zeichen zum Beginn der Arbeiten, und 700 Bauarbeiter begannen unmittelbar darauf mit den Arbeiten.

Zuspitzung der Lage in Oesterreich

Nur noch ein Fünftel der Bevölkerung steht hinter Dollfuß

München, 23. Sept.

Der Landesinspektor der NSDAP Oesterreichs, Theo Häbicht, sprach heute wieder im Münchener Rundfunk über die Lage in Oesterreich.

Der Redner wies zunächst auf die durch die Umwidmung des österreichischen Kabinetts geschaffene Lage hin, die möglicherweise den Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung der Dinge bilden könne.

Zunächst habe sich die Voraussage erfüllt, die inneren Schwierigkeiten im Kabinett müßten zu Zerfallserscheinungen führen. Dies habe sich jetzt folgerichtig gezeigt. Die noch vor wenigen Tagen vom Bundeskanzler betonte Einheit und Geschlossenheit der Regierung sei inständig geworden, und um sie wiederherzustellen, versuchte Kanzler Dollfuß mit einer letzten Anstrengung, die ganze Staatsgewalt in seiner Hand zu vereinigen. Dieses Vorgehen muß nunmehr die Sozialdemokraten zum offenen Kampf gegen die Regierung zwingen, und von diesem Elferden Begehren haben Nachrichten bereits Besprechungen der sozialdemokratischen Parteileitung mit der Führung des aufgeloßten republikanischen Schutzbundes stattgefunden haben, mit dem Ziele, einen bewaffneten Aufstand zu organisieren und loszuschlagen.

Dergestalt habe sich die Lage der neuen Regierung Dollfuß erheblich verschlechtert, denn auch der Landbund, der unter der Führung des zurückgetretenen Vizekanzlers Winkel steht, wendet sich nun gegen die Regierung, und die Starobundler haben ebenfalls ihren Verbot erhalten, die „Vaterländische Front“ des Bundeskanzlers zu unterstützen, geschweige denn ihr beizutreten. Diese Opposition der Heimwehren ist in der tatsächlichen Ausschaltung des Sicherheitsministers Fey begründet, der zwar zur gebührenden Stellung des Vizekanzlers auftrifft, aber gerade in dieser Stellung politisch bedeutungslos ist.

Häbicht vergleicht dann die Stellung der alten Regierung Dollfuß mit der politischen Lage der neuen Regierung und kommt zwingend zu dem Schluß, daß dem Bundeskanzler eigentlich nur mehr die christlichsozialistische Partei zur Verfügung steht, das heißt etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Alles übrige steht gegen ihn. Soweit die innenpolitische Lage.

Außenpolitisch ist das Abbrücken von London, Paris und Prag, von wo aus bisher der Regierung Dollfuß jede Unterstützung zuteil wurde, unverkennbar, und kann auch der neuen Regierung nicht entgangen sein. Sie mag selbst daraus ihre Schlüsse ziehen. Die autoritäre Regierung, die Dr. Dollfuß ankündigte, verstimmt die weltlichen Demokraten.

Der Redner verbreitet sich dann über den Begriff und die Grundlagen einer autoritären Regierung und betont, daß eine solche immer nur vom Vertrauen einer Mehrheit des Volkes getragen werden könne. Zuerst müsse dieses Vertrauen erlangen werden, dann erst könne die „Autorität“ aufgerichtet werden, aber nicht umgekehrt. Mit Verordnungen könne Vertrauen nicht errungen werden. Ein derartiger Versuch sei vor nicht allzulanger Zeit gemacht worden und zwar im Reich, wo Brüning und zuletzt General Schleicher diesen Weg einschlagen wollten. Das Ergebnis ist bekannt und es kein Zweifel, daß das Ergebnis eines solchen Versuches in Oesterreich das gleiche sei wird. Und nun macht Häbicht eine sehr interessan-

Zum Abschied Vaugoins

Wien, 23. Sept.

Der österreichische Bundespräsident hat den früheren Heeresminister, der erst vor wenigen Monaten durch eine besondere Verordnung zum General ernannt worden war, ermächtigt, bis zu seinem Lebensende die Uniform eines Generals der Infanterie zu tragen.

„Sicherheits“-Maßnahmen

München, 23. Sept.

Als Gegenmaßnahme für die Festnahme der beiden österreichischen Hilfspolizisten, die am 10. September in der Nähe von Salzburg widerrechtlich deutsches Gebiet betreten haben, hat Sicherheitsminister Fey in Salzburg zehn österreichische Nationalsozialisten verhaften und vorübergehend einkerkern lassen, darunter auch den Schwager des früheren österreichischen Finanzministers Juch, der niemals Mitglied der nationalsozialistischen Partei war.

Die türkischen Minister vor der Rückkehr aus Bulgarien

Sofia, 23. Sept. (A.A.)

Ismet Pascha und Tewfik Rüşdi Bej sind mit ihren Damen und den übrigen türkischen Staatsmännern in Begleitung des Ministerpräsidenten Muschanoff, dessen Gemahlin sowie des türkischen Gesandten in Ankara und der anderen bulgarischen Staatsmänner in Sofia in einem Sonderzug in Richtung nach Tirnowo abgereist.

Den türkischen Gästen gaben am Bahnhof von Sofia die Mitglieder der Regierung sowie Abgeordnete des Königs und der Königin, einige Vertreter des diplomatischen Korps und eine große Menschenmenge das Geleit.

Panzerkreuzer „Yavuz“ unterwegs nach Warna

Der Panzerkreuzer „Yavuz“ ist gestern um 4 Uhr nachmittags, begleitet von den beiden Zerstörern „Kocatepe“ und „Adatepe“ nach Warna abgefahren, um Ismet Pascha, der mit seinem Gefolge heute vormittag in Warna eintrifft, an Bord zu nehmen und morgen nach Stambul zu bringen.

Mit dem „Yavuz“ sind der Wali und Oberbürgermeister von Stambul, Muhiddin Bej, der Abgeordnete von Gasi-Aintap, Kılıdch Ali Bej, und die Abgeordneten Salih (Biletschik) und Nuri nach Warna gefahren, um Ismet Pascha dort zu empfangen.

Geschenke des bulgarischen Königspaares

Sofia, 23. Sept. (A.A.)

König Boris von Bulgarien gab bei seiner Abreise dem Ministerpräsidenten Ismet Pascha sein eigenhändig unterschriebenes Lichtbild. Auch die Königin schenkte der Gemahlin Ismet Paschas ihr Bild.

Der König schenkte ferner Tewfik Rüşdi Bej eine Zigarettendose und der Tochter Tewfik Rüşdi Bejs einen Anhänger, während die Königin der Gemahlin und der Tochter Tewfik Rüşdi Bejs je ein Bild von ihr schenkte.

Auch der frühere Minister und Generalsekretär der Volkspartei, Redschep Bej und Gemahlin sowie der Abgeordnete von Afion, Ali Bej, erhielten Lichtbilder als Geschenke.

Unterzeichnung des Protokolls über die Vertragsverlängerung

Sofia, 23. Sept. (A.A.)

Das Protokoll über die Erneuerung des türkisch-bulgarischen Neutralitäts-, Schlichtungs-, Schiedsgerichts- und Gerichtshilfsvertrages wurde heute unterzeichnet.

Forderungen Weniselos' an Tsaldaris

Athen, 22. September.

(Eigener Dienst der „T.P.“)

Noch kurz vor seiner Abreise traf — wie gestern gemeldet — der frühere Ministerpräsident Weniselos und Ministerpräsident Tsaldaris in der Wohnung eines Abgeordneten zusammen, um einen Ausgleich zwischen den Meinungen der Opposition und der Regierung zu suchen. Die Unterredung dauerte kaum eine halbe Stunde und führte zu keinem Ergebnis.

Weniselos hatte in einem Schreiben an Frankreich erklärt, daß er folgende Bedingungen stelle:

1. Versetzungen bei der Polizei und Besetzung der wichtigsten Posten durch Polizeioffiziere, die „allgemeines“ Vertrauen genießen und
2. Zurücknahme des Gesetzesentwurfes, der die Entfernung der am Putsch des Generals Plastiras am 6. März 1933 beteiligten Offiziere aus der Armee vorseht.

Falls diese „Bedingungen“ von Tsaldaris „angenommen“ werden, sichert Weniselos mit seiner Partei Tsaldaris das Verbleiben der Regierung der Volkspartei, solange es Tsaldaris beliebt, selbst ohne Kammermehrheit, sowie die Vornahme der neuen Wahlen nach einem der Volkspartei erwünschten Wahlsystem, zu. Bei Ablehnung dieser Bedingungen kündigte Weniselos jedoch die „Entfesselung“ eines heftigen Bürgerkrieges an.

Hierzu bemerkt die Abendzeitung Hestia: Von diesem Briefe müssen wir sagen, daß das unparteiliche Griechenland über ihn geradeauzusetzt ist. Man wundert sich, wie ein Politiker von internationalem Ruf und bekannter Klugheit, von dem Ausmaße eines Weniselos mit irgendjemandem die Regierung stellen und dieser das Verbleiben im Amte zusichern kann, nicht etwa nach den finanziellen und anderen Interessen der Nation, sondern nach befristender Lösung zweier Fragen, die zu fallweise Weniselos heute am meisten am Herzen liegen. Sollte Tsaldaris aber — so fährt die Hestia fort — die Bedingungen nicht annehmen, wird mit befristetem Bürgerkrieg gedroht, der sich wieder über den Häuptern aller ruhiger Bürger des Landes entladen wird, die weder um den Aufstand des Generals Plastiras noch um das Attentat auf Weniselos befragt wurden.

Diese Drohung weist das griechische Volk zurück, ob sie nun von Tsaldaris, von Weniselos oder von Papantastasi oder sonstwem komme. Es muß betont werden, daß wenn das Volk schon einen inneren Kampf aufgenommen hat, dies um des großen nationalen Gedankens willen geschah und nicht, weil König Konstantin und Weniselos es wünschten. Wenn aber jetzt irgendjemand meint, daß er wegen der Entfer-

Politische Wochenschau

Worte und Taten des Nationalsozialismus. — Oesterreichs faschistisches Programm. — Internationale Besuche. — Japans Aussenpolitik. — Internationaler grober Unfug.

Stambul, 23. September.

„Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden“. Unter diesem Titel sind, mit einem Vorwort des Reichsministers Dr. Goebbels, angefangen mit dem 1. Februar 1933 die vom Führer des neuen Deutschlands, Reichskanzler Hitler, vom 21. März — Eröffnung des Reichstags — bis zum 6. Juli — Rede vor den Reichstatthaltern — gehaltenen Reden in einem handlichen Bändchen vereint worden. Es ist eine Garbe von wunderschöner Wirkungskraft gebunden. Erst wenn man diese Reden, in ihrem vollen Wortlaut und in ihrer logischen Entwicklung von Fall zu Fall zusammenhängend liest, erhält man den richtigen, überwältigenden Eindruck der Ueberzeugungskraft, die von ihnen ausströmt. „Arbeit und Frieden“ ist der tiefe Grundton, Gleichberechtigung Deutschlands unter den Nationen, Aufbau des neuen Einheitsstaates, und Kampf bis aufs Messer dem Marxismus, dem Klassenkampf und der kommunistischen Zersetzung Deutschlands. Groß und wichtig steht in diesen Reden die Sorge um den Bauern, um den Arbeiter und um alle die „Enterbten“, die „Erniehtigten und Gekränkten“ als ein Eckstein der nationalsozialistischen Politik, die eine neue Volksgemeinschaft auf der Grundlage des wahren Christentums und unter der Losung der Auslese der Besten des Volkes für die Leitung des Volkes, also des Führerprinzips, errichtet. Wohl nie sind einfachere, aufrichtigere und in ihrer Fassung ergreifendere Worte über den Friedenswillen Deutschlands gesprochen worden wie in diesen Reden. Hat sich das Ausland von diesem Friedenswillen überzeugen lassen, so lange ein schlechtes Gewissen sich gegen ein Ueberzeugtwerden sträubt?

Der Nationalsozialismus, ebenso wie der Faschismus, ist eine Lehre der Tat, der lebendigen Betätigung, nicht eine Lehre der Worte, der tönenden Redensarten, wie der Marxismus, der an der Tat — so weit sie nicht eine Zerstörung materieller und moralischer Werte ist — klüglich versagt. Jedem Wort der nationalsozialistischen Führer folgt eine Tat. Deutschland ist geehrt worden, wie es unter Bismarck nicht geehrt werden konnte, das Reich hat eine einzige zentrale Leitung erhalten, wie sie nie bestanden hat, eine nationalsozialistische Staatsverfassung, die ihren Beginn im neuen, soeben eröffneten Preußischen Staatsrat hat, wird eingeführt, die evangelische Kirche ist reformiert, die Gewerkschaften sind durch eine neue Organisation ersetzt, das Finanz- und Bankwesen wird neu geordnet, der deutschen Landwirtschaft wird durch einen berufsständischen Aufbau unter der Arme gegriffen, gegen die Arbeitslosigkeit wird „angerannt“ — um zwei Millionen hat sie sich bereits vermindert — und für die Bedürftigsten wird eine einzigartige, gewaltige Hilfsaktion von der Gesamtheit des Volkes unter Leitung des Staates während des Winters unternommen. Kein Volkgenosse soll wie in den früheren Wintern Kälte und Hunger leiden. Es ist keine Wohltätigkeitsaktion, die beim Empfänger immer einen Stachel zurückläßt. Es ist eine einfache Betätigung der nationalsozialistischen Auffassung von der neuen Volksgemeinschaft, einer Auffassung, die nicht Wohlthaten, sondern nur Pflichten der Bemittelten gegenüber den unbemittelten Volksgenossen kennt, die keine „Spenden“ will, sondern „Opfer“ verlangt, man könnte sagen eine Selbstbesteuerung zugunsten der Aermsten, als schwaches Entgelt für das große Geschenk „ein gemeinsames, einheitliches Volk zu sein, das sich als zusammengehörig fühlt“. Die ununterbrochene nationalsozialistische Tätigkeit hält sich nicht an Eingebungen des Augen-

Morgen Vollversammlung des Völkerbundes

Genf, 23. Sept.

Am Montag beginnt die Vollversammlung des Völkerbundes zu tagen.

Die Kleine Entente berät in Sinaia

Bukarest, 23. Sept. (A.A.)

In hiesigen politischen Kreisen mißt man der Tagung der Kleinen Entente, die am Sonntag in Sinaia beginnt, eine besondere Bedeutung zu.

Man betont, wie wichtig die Entscheidungen seien, die in dem Augenblick gefaßt werden sollen, wo schwierige internationale Fragen die europäischen Regierungen beschäftigen, besonders das Mitteleuropa-Problem, die Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungstagung und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Der „Universal“ glaubt zu wissen, daß die drei Minister, die in Sinaia zusammenkommen, den Plan einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern und ihren Nachbarstaaten prüfen werden.

Der „Adeverul“ schreibt:

Die Mitteilungen, die die drei Minister herausgegeben werden, werden die Versicherung darstellen, daß bei den Staaten der Kleinen Entente hinsichtlich aller schwebenden Fragen völlige Einmütigkeit bestehe.

Titulescu reist heute abend nach Sinaia ab, Jewitsch wird bereits heute dort erwartet und Bensch dürfte am Sonntag vormittag in Sinaia eintreffen.